

Landeshauptstadt Wiesbaden

1966/6 Bebauungsplan

1. Änderung des Bebauungsplanes - Fluchtlinienplan
über die Abänderung und Neufestsetzung von
Fluchtlinien in dem Gebiet zwischen Aar- u. Lahnstr.
südöstlich der Holbeinstraße in der Gemarkung
Wiesbaden.

Dieser Bebauungsplan enthält Festsetzungen nach § 9 des Bundesbaugesetzes
vom 23.6.1960 - B.BauG - (BGBl. I S. 341)

Planzeichenerklärung:

Bestehende Festsetzungen

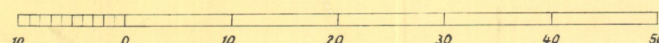
Neue Festsetzungen

- verbindlich
- Grenze des Geltungsbereichs
 - Eigentumsgrenze
 - Flurstücksgrenze
 - (Straßenfluchtlinie) Straßenbegrenzungslinie
 - (Baufluchtlinie) Baugrenze
 - Fahrbahnen
 - Gehwege
 - Entwässerungsleitung mit Fließrichtung
 - Gebäudeflächen

Die Straßenhöhen sind rot unterstrichen

- Die diesem Bebauungsplan entgegenstehenden Festlegungen früherer Pläne gelten hiermit als aufgehoben.
- Die in diesem Plan enthaltenen Straßen und Wege, die künftig nicht mehr als öffentliche Verkehrsflächen ausgewiesen sind, werden bei der Durchführung dieses Planes eingezogen, womit ihre Widmung als öffentliche Verkehrsfläche erlischt.

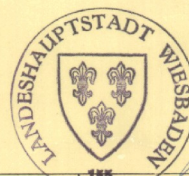
Maßstab 1:500



Die Landeshauptstadt Wiesbaden - Der Magistrat - hat am 24.6.1977 aufgrund des Artikel 3 § 12 des Gesetzes zur Änderung des Bundesbaugesetzes vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2221) i. V. m. § 155 a Bundesbaugesetz in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256) auf folgendes hingewiesen:

Sollte beim Zustandekommen eines Bebauungsplanes eine Verfahrens- oder Formvorschrift des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) verletzt worden sein, so ist dieser Fehler nur beachtlich, wenn er i. d. R. die Frist eines Jahres, beginnend mit dem 1.8.1977, beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden - Vermessungsamt - Gustav-Stresemann-Ring 15 schriftlich bezeichnet und geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn Vorschriften über die Genehmigung oder die Veröffentlichung des Bebauungsplanes verletzt worden sind.

Landeshauptstadt Wiesbaden
Der Magistrat
Vermessungsamt
i. A.



Techn. Ammann

Ausgearbeitet:

Wiesbaden, den 24. Mai 1966

Dezernat

Stadtplanungsamt

Bauaufsichtsamt

Vermessungsamt

Stadtbaurat

Oberbaurat

Bauoberamtmann

Obervermessungsrat

Aufgestellt und als Satzung beschlossen:

Dieser Bebauungsplan wurde im vereinfachten Verfahren gemäß §§ 2, 10 u. 13 B.BauG aufgestellt und in Verbindung mit § 5 der Hess. Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. 1960, S. 103) durch Beschlüsse des Magistrats vom 13. Juni 1966 Nr. 1112 und der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Juni 1966 Nr. 246 als Satzung beschlossen.

Wiesbaden, den 15. Juli 1966



Der Magistrat

Bürgermeister

Rechtsverbindlich: siehe oben!

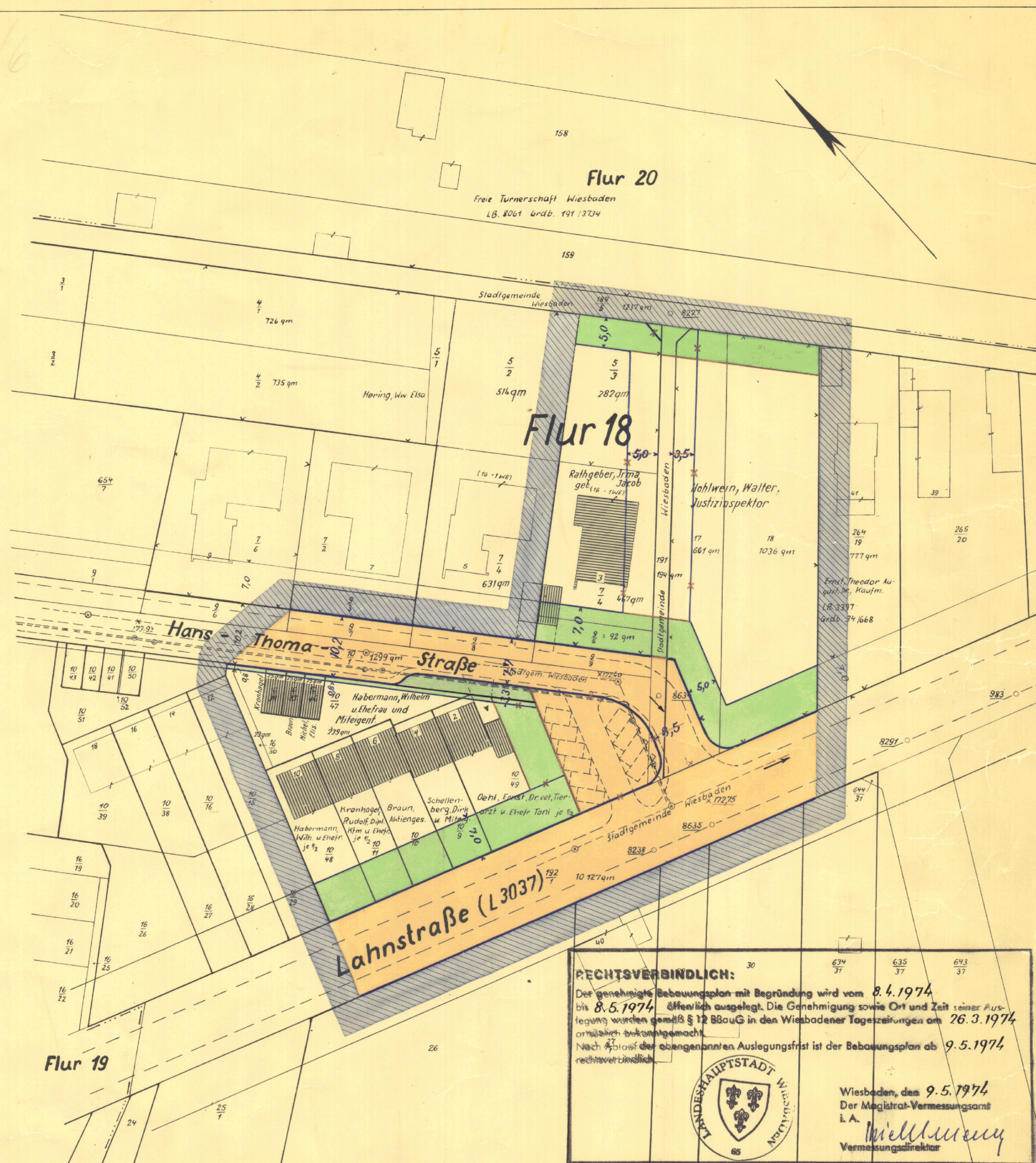
Dieser Bebauungsplan mit Begründung wurde vom 22. Juli 1966 bis 22. August 1966 öffentlich ausgestellt. Die Genehmigung sowie Ort und Zeit seiner Auslegung wurden gemäß § 12 B.BauG in den Wiesbadener Tageszeitungen am 22. Juli 1966 ortsüblich bekanntgemacht.

An diesem Tag ist der Plan rechtsverbindlich geworden.

Wiesbaden, den 23. August 1966
Der Magistrat - Vermessungsamt
i. A.
Vermessungsdirektor



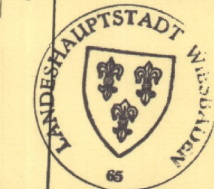
Obervermessungsrat



RECHTSVERBINDLICH:

Der genehmigte Bebauungsplan mit Begründung wird vom 8.4.1974 bis 8.5.1974 öffentlich ausgelegt. Die Genehmigung sowie Ort und Zeit seiner Auslegung wurden gemäß § 12 B.BauG in den Wiesbadener Tageszeitungen am 26.3.1974 ortsüblich bekanntgemacht.

Nach Ablauf der obengenannten Auslegungsfrist ist der Bebauungsplan ab 9.5.1974 rechtsverbindlich.



Wiesbaden, den 9.5.1974
Der Magistrat - Vermessungsamt
i. A.
Vermessungsdirektor